



## POLITIKINLAND

11.02.2020

### **Pflege: Ein Streik, den keiner bemerkt**

**Heute starten die Warnstreiks: Nur in Oberösterreich und nur in einer Einrichtung. Auch vor dem Mittwoch braucht sich niemand zu fürchten, verspricht die Gewerkschaft.**

von [Michael Bachner](#)

Nach den neuerlich gescheiterten KV-Verhandlungen in der Sozialwirtschaft, das sind die Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe mit 125.000 Beschäftigten, finden Dienstag bis Donnerstag die in der Vorwoche angedrohten Warnstreiks statt. Angehörige können aber völlig unbesorgt sein, es handelt sich um einen typischen Streik auf österreichisch. Es wird ihn kaum jemand überhaupt bemerken.

Das kommt so: Heute, Dienstag, starten die Warnstreiks nur in **Oberösterreich** und dort nur in einer kleinen Einrichtung. Genauer im Wohnverbund Schwanenstadt der Volkshilfe Oberösterreich. Das sind betreute Wohngemeinschaften für "Menschen mit Beeinträchtigung". Vier Beschäftigte gibt es in der Einrichtung, zwei sind zur Aufrechterhaltung des Dienstes nötig, zwei legen für einige Stunden die Arbeit nieder. Die betreuten Menschen im Wohnverbund sollen keine Einschränkungen erfahren.

### **ÖGB-Präsident wirft sich für Pfleger in die Bresche**

Das wird auch am Mittwoch nicht viel anders sein, wenn in Wien der Streik-Höhepunkt geplant ist. Neben der stundenweise Arbeitsniederlegung etwa bei der Drogen- und Suchtkoordination ruft die Gewerkschaft zu einer größeren öffentlichen Streikversammlung die Beschäftigten von neun Einrichtungen (darunter zwei Pflegeeinrichtungen) vor dem Sozialministerium auf - zwischen 13.00 und 15.00 Uhr wird demonstriert. Klar ist aber auch hier: Niemand darf, niemand wird zu Schaden kommen. Die KV-Verhandlerin der GPA, Eva Scherz, sagt zum Warnstreik: "Die betrieblichen Abläufe werden dabei beeinflusst, es muss sich aber niemand um die Gesundheit oder Würde seiner Angehörigen sorgen."

Die nächste Verhandlungsrunde ist übrigens für den 17. Februar schon fixiert. Die Gewerkschaft will die 35-Stundenwoche durchsetzen, die Arbeitgeber wollen das maximal auf betrieblicher Ebene, also in Einzelfällen, akzeptieren.